

# Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Berliner Südosten nach 1945

Kurt Wernicke

In Vorbereitung auf den 20. Jahrestag ihrer Wiederkonstituierung hat die SPD-Kreisorganisation des Berliner Doppelbezirks Treptow-Köpenick einen Abriss der Geschichte dieser beiden Ostberliner Kreisorganisationen für den Zeitraum 1945 bis 1989 vorgelegt: „Die SPD in Köpenick und Treptow zwischen 1945 und 1989“.<sup>1</sup> Es ist die erste Publikation, die sich exklusiv mit der Entwicklung von Kreisverbänden der SPD in Ostberlin unter der vom Alliierten Kontrollrat im Mai 1946 für ganz Berlin verordneten Koexistenz von SED und SPD beschäftigt.

Dass nun ein neuer Baustein zu dem Bewusstsein von einer örtlichen, in Köpenick und Treptow beheimateten Arbeiterbewegung geliefert wird, ist durchaus positiv einzuschätzen. Bei Null wird mit der neuen Veröffentlichung aber nicht angefangen: Die SED hatte mit ihrer bei den Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung angesiedelten Quellensicherung und gelegentlichen Publikationen auf demselben Gebiet gearbeitet und konnte Etliches vorlegen, auf das auch heute noch in Teilen zurückgegriffen werden kann. Die 1990 geretteten Bestände befinden sich zumeist in den Heimatmuseen der Bezirke. Der lokalen SED-Geschichtsarbeit haftete allerdings ein Defizit an: Ungeachtet abweichender Quellen war die Interpretation des Erforschten auf jeden Fall (und notfalls mittels kommentierender Verrenkungen) in das vorgegebene Geschichtsbild einzupassen gewesen. Für Paradigmenwechsel, die sich durch örtliche konkrete Erscheinungen gelegentlich aufdrängen mussten, war da kein Platz.

Die jetzt vorliegende SPD-Publikation zeigt dagegen, und das wird bei ihrer Annäherung an eine Reihe von relevanten Einschätzungen deutlich, andere gravierende Lücken. Obgleich eine seit 1986 vorliegende Doku-

---

1 Die SPD in Köpenick und Treptow zwischen 1945 und 1989. Hrsg.: SPD, Kreis Treptow-Köpenick, Red. Oliver Igel, Berlin 2009, 59 S. Auf diese Publikation wird im Folgenden wiederholt Bezug genommen werden. Sie gliedert sich in folgende Abschnitte: Vorwort des Kreisvorsitzenden Dr. Klaus Ulbricht; Siegfried Heimann: Umarmt, schikaniert und verfolgt. Die SPD in Köpenick und Treptow von 1945 bis 1961 und auch noch danach; Köpenicker und Treptower Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Porträt: Hertha Engel, Katharina Uhlig, Karl Winkelmann, Günter van Deel, Eva Duda, Annemarie Jechow; Dokumente.

mentensammlung<sup>2</sup> nachzeichnet, dass in Köpenick der SPD-Kreisvorstand am 29. März 1946 mit 10:2 Stimmen die Durchführung einer Urabstimmung zur Fusion mit der KPD-Kreisorganisation für unnötig erklärte, wird darauf nicht eingegangen. Stattdessen wird mit dem seit Jahrzehnten eingefahrenen Erklärungsmuster der Berliner und der Bundes-SPD auf die in den Westberliner SPD-Organisationen erzielten 82 Prozent „Nein“-Stimmen zu einer *sofortigen* Vereinigung fokussiert.

Wenn die Entwicklung in der SPD-Kreisorganisation Köpenick im Verlauf des Fusionsprozesses von der (in der SPD-Geschichtsschreibung mittlerweile seit Jahrzehnten beschworenen) „Generallinie“, die aus dem Gesichtswinkel des mehr oder weniger heroischen Widerstands der Fusionsgegner gezeichnet wurde, abwich, so hatte das mit örtlich wirksamen, bekannten Sozialdemokraten zu tun. Die politische Tätigkeit solcher Sozialdemokraten wie Carl Willam, Erwin Mante, Max Tolksdorf und vieler anderer bei den ersten Schritten zur Wiedereingangsetzung von Verwaltung und politischem Organisationsleben war wirklich aller Ehren wert. Sie verschaffte ihnen in den Reihen der alten wie der nun neu hinzukommenden Mitglieder hohes Ansehen.

Gleich nach der totalen Niederlage Deutschlands begannen auch in Köpenick Diskussionen um die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Das belegen die um 1960 zu Papier gebrachten Erinnerungen von Max Tolksdorf<sup>3</sup>, zur Zeit der Niederschrift bereits Rentner, ab 1925 SPD-Verordneter in der Köpenicker Bezirksversammlung, 1930-1933 Köpenicker Stadtrat, in der Nachkriegsverwaltung 1945-1950 Bezirksrat für Gesundheits- bzw. Bildungswesen. Darin heißt es: „Am 14. Mai wurde uns vom Bezirksbürgermeister Kleine von der KPD, der die Geschäfte auf Anweisung des Kommandanten der Roten Armee übernommen hatte, die Mitarbeit angeboten. Der Gen. Tolksdorf, der Gen. Küster, der Gen. Willam und später auch der Gen. Röhl übernahmen sofort die Dezernate und sind seit dieser Zeit als Dezernenten bzw. jetzt als Bezirksstadträte in der Kommunalverwaltung tätig. Gen. Küster ist Leiter des Jugendamtes im Range eines Magistratsrates geworden, als die Zahl der

---

2 Siehe Die SED-Kreisorganisation Berlin-Köpenick, führende Kraft des demokratischen Neuaufbaus. Chronik T. I (1945-1949), hrsg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. u. J. [Berlin 1986]. Die Quellen gehen auf das Archiv der Kommission zurück, das 1990 aber nur in Teilen im Archiv des Heimatmuseums Köpenick angelangt ist.

3 Max Tolksdorf: Rückblick auf die Ereignisse der Jahre 1945/46 zur Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, Ms., Archiv der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche (Heimatmuseum Köpenick), Sign. II Nr. 67 a.

Stadträte herabgesetzt worden ist.“ Die Tolksdorf-Erinnerungen geben auch Auskunft über frühe Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu der Frage „Wie weiter?“ Am 10. Juni 1945 fand in der Wohnung von Carl Willam auf Initiative der Kommunisten Paul Wengels und Erich Winkler ein Gespräch statt, an dem auch Carl Brandt von der SPD teilnahm. Winkler teilte mit, dass Marschall Žukov die Bildung von Parteien genehmigt habe. Winkler erwähnte, dass es das Bestreben aller im KZ gewesenen Genossen sei, eine Einheits-Arbeiterpartei zu gründen. „Der Genosse Brandt und Genosse Willam erklärten sich grundsätzlich damit einverstanden, jedoch mit der Einschränkung, dass von Köpenick allein doch keine Beschlüsse gefasst werden könnten, dass sie also einen derartigen Beschluss nur in der Zentrale befürworten könnten. Außerdem müssten beide Parteinamen, also KPD und auch SPD, verschwinden und eine andere gemeinsame Parteibezeichnung gefunden werden. Der letzte Vorschlag verschnupfte die Abgesandten der KPD etwas; sie waren der Ansicht, dass die SPD ohne weiteres in die KPD übergehen sollte. Sie machten den Vorschlag, im Zimmer des Bürgermeisters die Verhandlungen weiter zu führen. Es fand darauf eine sogenannte Nachtsitzung statt, an der sich die Gen. Tolksdorf, Willam und Brandt beteiligten. In dieser Nachtsitzung, die bis drei Viertel 12 dauerte, rückten die KPD-Genossen auch vom Vorschlage einer gemeinsamen Partei ab. Bürgermeister Kleine war der KPD-Ansicht, dass die SPD bei getrenntem Marschieren viel größere Bevölkerungsteile erfassen könnte, als sie dies bei geeinter Arbeiterpartei machen könne. Es wurde schon damals der Vorschlag gemacht, getrennt zu marschieren, vereint den Faschismus zu schlagen!“

Ähnliche Auffassungen über die Gestaltung der Zukunft und die zu lösenden Aufgaben führten angesichts der allenthalben drängenden Not zu gemeinsamen Aktivitäten an der Basis über Parteigrenzen hinweg. Hinzu kam im konkreten lokalen Umfeld die gemeinsame schmerzvolle Vergangenheit vieler Sozialdemokraten und Kommunisten, besonders die gemeinsamen leidvollen Erfahrungen und Erinnerungen im Zusammenhang mit der berüchtigten „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933.

Die Kreisorganisation der SPD Köpenick wurde (wie auch die in Treprow – aber natürlich unter Berücksichtigung der zum 1. April 1938 eingetretenen, veränderten Zugehörigkeit einzelner Ortsteile) seit Juni 1945 in der vor 1933 üblichen Form aufgebaut. Im Ortsteil Köpenick gab es wieder die traditionsreichen Abteilungen 108 und 108a.<sup>4</sup> Auch in den

---

4 Nun Köpenick I und Köpenick II. Als Trennlinie galt im Wesentlichen die Spree.

anderen Ortsteilen wurden wieder Abteilungen gebildet. Am 31. Dezember 1945 zählte der Kreisverband Köpenick der SPD laut des Jahres-Geschäftsberichts seines Kreisvorstandes<sup>5</sup> 2.437 Mitglieder, darunter 440 Frauen (die Zahl der Frauen ist nachfolgend in Klammern gesetzt). Sie verteilten sich auf die Abteilungen Köpenick I mit 385 (65); Köpenick II mit 450 (85); Oberschöneeweide mit 530 (90); Friedrichshagen mit 315 (58); Rahnsdorf mit 271 (49); Grünau mit 125 (21); Schmöckwitz mit 150 (25) und Müggelheim mit 211 (47) eingetragenen Mitgliedern.

Über die internen Debatten im Ortsverein zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, zum Beginn des ersten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses sowie über die sozialpolitische Arbeit von SPD-Mitgliedern in diversen Ortsausschüssen zur Linderung der Not im ersten Nachkriegswinter usw. geht die Publikation hinweg – zur Geschichte der örtlichen SPD „zwischen 1945 und 1989“ gehört das alles offenbar nicht.

Der im Juli 1945 gebildete 12-köpfige Kreisvorstand Köpenick stand von Anbeginn an unter der Leitung von Carl Willam, der bis zum SPD-Verbot im Juni 1933 hier Kreisvorsitzender gewesen war. Tolksdorf erinnerte sich anderthalb Jahrzehnte später: „Von diesen 12 Mitgliedern waren 10 Genossen für die Vereinigung und zwei Genossen (Alwin Brandes und Walter Behrens) Gegner der Vereinigung.“<sup>6</sup> So stand das Problem „Urabstimmung“ in Köpenick also gar nicht zur Debatte. Die vorliegende Publikation schweigt sich dazu aus, informiert hingegen, dass in einigen Ostberliner SPD-Kreisbüros die Mitglieder etwa eine Stunde lang hatten abstimmen können. In welchen? In Köpenick und Treptow, die ja Gegenstand der Darstellung sind, jedenfalls nicht.

Am Tag nach der in den Westsektoren abgelaufenen Urabstimmung lud der Köpenicker Kreisvorsitzende Willam alle SPD-Abteilungen des XVI. Verwaltungsbezirks zum Kreisdelegiertentag am 6. April, dessen 5. Tagesordnungspunkt lautete „Wahlen zum Bezirksparteitag, zum Parteitag, für den künftigen Kreisvorstand der S.E.P.“ Tatsächlich wurden am 6. April in geheimer Wahl mit Max Tolksdorf und Josef Bossick für den SPD-(Zonen-)Parteitag am 19. April zwei ausgewiesene Anhänger der Fusion von KPD und SPD als Delegierte gewählt und ebenso die für den künftigen Kreisvorstand der Einheitspartei vorgesehenen 15 Sozialdemo-

<sup>5</sup> Benutzt wurde hier das Exemplar, das sich im Privatbesitz von Gerd Lüdersdorf, Berlin-Köpenick, befindet. Der Bericht wird von Siegfried Heimann gänzlich ignoriert.

<sup>6</sup> Tolksdorf, Rückblick. Tolksdorfs Erinnerung wird inhaltlich im Wesentlichen bestätigt durch eine Einschätzung von Köpenicker KPD-Funktionären auf der Sitzung der KPD-Bezirksleitung Berlin am 3.4.1946 (siehe Manfred Teresiak: Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD in Berlin, Bd. 4, Berlin 1995, S.155f.).

kraten.<sup>7</sup> Am 11. April 1946 vereinigten sich dann in der Aula der Schule Freiheit Nr. 15 die gewählten Delegierten von 2.700 Mitgliedern der KPD und 2.350 Mitgliedern der SPD zur SED-Kreisorganisation Köpenick. Von den eingetragenen SPD-Mitgliedern stellten sich etwa 100 explizit gegen die Fusion, auch etliche KPD-Mitglieder taten es ihnen gleich. Nach wochenlangem Gerangel unter den Vier Mächten, die gemeinsam die Verwaltung in Berlin ausübten, fällte das übergeordnete Koordinierungskomitee des Alliierten Kontrollrats am 28. Mai schließlich das salomonische Urteil, dass im Gebiet von Groß-Berlin sowohl die aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangene SED als auch die aus den Fusionsgegnern entstandene neukonstituierte SPD zugelassen würden. Am 31. Mai gab die Alliierte Kommandantur diesem Entscheid dann Gesetzeskraft. Seither mussten sich beide Parteien daran gewöhnen, in Berlin miteinander zu konkurrieren. Das erste weithin sichtbare Ergebnis dieser in weiten Teilen feindlichen Konkurrenz, die so gar nicht dem Willen jener Berliner Urabstimmer entsprach, denn die hatten sich zwar mit 82 Prozent gegen die *sofortige* Fusion von KPD und SPD, aber doch mit über 62 Prozent für ein enges Kampfbündnis beider Parteien ausgesprochen, drückte sich in den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 1946 aus. Sie brachten stadtweit der SPD 48,7 Prozent der Stimmen ein, der SED nur 19,8 Prozent – womit sie noch hinter der CDU mit 22,25 rangierte.

Häufig wird übersehen, dass in allen Ostberliner Bezirken und in West-Berlin in den traditionellen Arbeiterbezirken Wedding und Neukölln die SED an 2. Stelle stand. In Köpenick konnte die SPD 37,5 Prozent vorweisen, die SED 29,23 Prozent; in Treptow die SPD 40,7 Prozent, die SED 31,1 Prozent. Dementsprechend stellte in beiden Bezirken die SPD den Bezirksbürgermeister, die SED dessen Stellvertreter. In den beiden Bezirksämtern standen jeweils fünf SPD-Stadträte drei SED-Stadträten gegenüber (neben zweien der CDU und einem der LDP).

Um die Schwierigkeit der Wiederkonstituierung der beiden SPD-Kreisorganisationen nach der Ungewissheit vom April/Mai 1946 wird in der Publikation kein Bogen gemacht. Der Leser erfährt, dass zwei Monate nach der zonalen Fusion beider Arbeiterparteien in den SPD-Kreisen Ost-Berlins nur noch 40 Prozent der im Februar gezählten Parteimitglieder sich zu ihrer – nunmehr wieder legalen! – Parteiorganisation bekannten. In einigen der acht Ostberliner Kreise konnte die Organisationsarbeit

---

<sup>7</sup> Siehe Ordner mit Abschriften und Originalen zu 1945/46 aus dem Nachlass von Heinz Hentschke (Müggelheim), jetzt im Heimatmuseum Köpenick.

der SPD-Kreisverbände rasch wieder aufgenommen werden – in anderen (darunter Köpenick und Treptow!) gab es laut Aussage der Publikation in dieser Hinsicht Schwierigkeiten. Dass die Sozialdemokraten, die in der „Köpenicker Blutwoche“ gelitten hatten, praktisch alle zur SED gegangen waren, ist belegt – ihnen mochte die Notwendigkeit einer starken und geschlossenen Front zur Abrechnung mit dem Nazismus emotional als Begründung gereicht haben.

Herausragende Protagonistin dieses Personenkreises ist Maria Jankowski, 1945 die erste Kreisvorsitzende der Treptower SPD. Sie hatte schon im März 1933 als erstes Opfer der künftigen SA-Mordorgie die unmenschliche Brutalität der Köpenicker Schlägerkohorte am eigenen Leibe erfahren. Da sie bereits im Juli 1946 bei einem tragischen Unfall ums Leben kam, hatte sie keine Gelegenheit mehr (wie andere ursprüngliche Fusionsanhänger), nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 ihre Position zu überdenken: Sie beschloss ihr Leben als Mitglied des Kreisvorstandes Treptow und des Berliner Landesvorstandes der SED. Der lange Trauerzug von Niederschöneweide zum Krematorium Baumschulenweg wurde von dessen paritätischen Vorsitzenden Karl Litke (vorher SPD) und Hermann Matern (vorher KPD) angeführt.<sup>8</sup> Maria Jankowski wird dennoch zurecht von den Sozialdemokraten als in deren Traditionslinie stehend und damit als eine der ihren angesehen – wenngleich die Publikation sie mit keinem Wort erwähnt. Angesichts des üblichen Rasters der Verdammung des Vereinigungsprozesses als „Zwangvereinigung“ und der Hochbewertung von deren Gegnern versuchte die Treptow-Köpenicker Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) bei ihrer Ansprache zur Benennung der Straße „Am Maria-Jankowski-Park“ am 23. Juli 2007, Maria Jankowski dennoch als sozialdemokratische Identifikationsfigur vorzustellen: Die Genossin Jankowski sei in die SED gegangen mit der Bemerkung „Wir dürfen die neue Partei nicht den Kommunisten überlassen!“

Ein Bekenntnis zu solcher Motivation ist für die SPD nicht ohne Risiko, führt sie doch zu der drängenden Frage, ob Dr. Schumachers im Februar 1946 realisierte Option, den Berliner SPD-Zentralausschuss unter Grotewohl und Fechner durch die Absage an einen „Reichsparteitag“ der SPD aus allen vier Besatzungszonen (zwecks Beschlussfassung über eine *gesamtdeutsche* Fusion von SPD und KPD) im Regen stehen zu lassen – ob diese aus sturem Antikommunismus geborene Option nicht verhindert hat, der neuen (und vor allen Dingen *gesamtdeutschen*!) Einheitspartei

---

<sup>8</sup> Siehe Vorwärts. Berliner Volksblatt (Verlag Neues Deutschland), Nr. 93, 31.7.1946.

a priori eine demokratische Hypothek mit auf den Weg zu geben, die eine spätere Umwandlung zur „Partei neuen Typus“ samt deren Bekenntnis zu einer „Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats“ unmöglich gemacht hätte. Man darf gar nicht darüber nachdenken, welche Alternativen für die deutsche Nachkriegsgeschichte unter diesen Umständen hätten auf den Weg gebracht werden können...

Von der bezirksparlamentarischen Arbeit der SPD mit ihren Fraktionen – den stärksten immerhin – und von der Arbeit der SPD-Vertreter in beiden Bezirksämtern in den zwei Jahren zwischen November 1946 und Dezember 1948 schweigt die Publikation; stattdessen hält sie sich bei – zurecht schikanös genannten – Maßnahmen der Besatzungsmacht gegen SPD-Bürgermeister und -Stadträte in anderen Ostberliner Bezirken auf, weil für das Gebiet, das behandelt wird, offenbar nichts dergleichen vorliegt. Vereinfachend wird dieses Thema damit abgehandelt, dass ein deutlich tagesagitorisch angelegtes Zitat von 1947 angeführt wird, demzufolge eine zielbewusste sozialdemokratische Kommunalpolitik in Ostberlin unmöglich gewesen sei. Natürlich wird nicht hinterfragt, inwiefern da auf eine Schutzbehauptung zurückgegriffen wird, die sich erst im Vergleich mit einer „zielbewussten sozialdemokratischen Kommunalpolitik“ in den Bezirken der Westsektoren verifizieren ließe. Dass die Ostberliner SPD-Funktionäre auf die mit der 2. Tagung des V. Landesparteitages am 31. Juli/1. August 1948 ganz parteioffiziell ins Auge gefasste Option auf Schaffung der administrativen Einheit West-Berlin mit Bedenken und Unmut reagierten,<sup>9</sup> weil sie darin eine „Abschreibung der Genossen im Ostsektor“ sahen, findet in der Publikation auch keine Erwähnung, ebenso wenig wie der Beschluss des Berliner SPD-Landesausschusses vom 7. Oktober 1948. Der verlangte, dass angesichts der andauernden Einmischung der sowjetischen Stadtkommandantur in die kommunalpolitische Arbeit im Berliner Ostsektor dort in Wahlfunktionen tätige SPD-Mitglieder nach und nach ihre Ämter niederlegen sollten und eine Neubesetzung von Bezirksamtsposten in Ost-Berlin nicht mehr ins Auge zu fassen wäre.<sup>10</sup> Auf dieser Linie hatte sich im Vorfeld des Beschlusses bereits u. a. der Treptower Bezirksbürgermeister Erwin Bennewitz bewegt, der sein Amt schon am 2. Oktober zur Verfügung gestellt hatte.<sup>11</sup> In Köpenick zeigte Fritz Bessen mehr Beharrungsvermögen und blieb in seinem Amt

---

9 Siehe Gerhard Keiderling: Um Deutschlands Einheit: Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945-1952, Köln-Weimar-Wien 2009, S.278.

10 Siehe ebenda, S.328.

11 Siehe Berlin – Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946-1948, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1959, S.658.

bis zu dem „Stadtstreich“ (der Einsetzung des Ebert-Magistrats für Ostberlin am 30. November 1948), dann trat er am 2. Dezember angesichts der nun geforderten Loyalitätserklärung gegenüber dem usurpatorischen Magistrat zurück.<sup>12</sup>

Dass die im Dezember 1946 von den demokratisch legitimierten Bezirksverordnetenversammlungen gewählten SPD-Bezirksbürgermeister Fritz Bessen (Köpenick) und Erwin Bennewitz (Treptow) durch Gustav Kleine (SED, früher KPD) bzw. Paul Ickert (SED, früher SPD) ersetzt wurden, wird sehr verkürzt dargestellt. Tatsächlich traten nach dem Rücktritt der beiden SPD-Bezirksbürgermeister deren im Dezember 1946 von demselben Gremium gewählte Stellvertreter an die freien Stellen – wie es der Geschäftsordnung entsprach, die auch ganz selbstverständlich in der inzwischen in Charlottenburg ohne die SED-Fraktion tagenden Stadtverordnetenversammlung angewandt wurde, wo der Vorsitz von den von SED-Abgeordneten geleiteten Ausschüssen infolge von deren Abwesenheit nun auf die jeweiligen Stellvertreter überging.<sup>13</sup>

Der in der Publikation so frühzeitig eingeführte Grundton einer Leidens- und Verfolgungsgeschichte wird dann konsequent durchgehalten. Dabei wird mit der Wahrheit nicht nur einmal lax umgegangen. So wird z. B. die 1952 erfolgte Kündigung der Räume der Köpenicker SPD-Kreisgeschäftsstelle auf dem Grundstück Freiheit Nr.12 b als Schikane dargestellt – aber verschwiegen, dass die Räumlichkeit auf dem Hof des Betriebsgeländes der Putztuchwerke lag, angesichts des Ausbaus derselben benötigt wurde und dass die zum Ersatz gestellten Räume in der Rudower Straße 34 erheblich mehr Gelegenheit zu wirksamer und, wie mit einem der Publikation beigelegten Foto überzeugend demonstriert wird, auch entsprechend genutzter Außenwerbung boten. So wird auch die im Mai 1949 erfolgte Verhaftung von Bohnsdorfer „Falken“ aus der Verteilung der SPD-nahen Tageszeitung „Telegraf“ abgeleitet, aber übergangen, dass es sich gar nicht um die Tageszeitung, sondern um eine spezielle Agitationschrift des SPD-Ostbüros handelte, die sich der Aufmachung der bekannten Tageszeitung bediente, aber in einem für den heimlichen Vertrieb besser geeigneten Kleinformat gehalten war – und nicht nur für diesen, sondern auch für die bald mittels Ballons und Zeitzündern über die DDR „abgeregnete“ Propaganda. Dass der als seriöser Historiker über jeden Zweifel erhabene Autor Siegfried Heimann sich nun schon seit Jahrzehnten des verschleierns Ausdrucks bedient, diese Agitations-

---

12 Siehe Berlin – Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948-1952, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1962, S.48.

13 Siehe Berlin – Behauptung, S.664.

schrift des SPD-Ostbüros sei als „Telegraf“-Ausgabe „in handlicherem Format“ anzusehen, hat er vor sich selbst zu verantworten: Die damaligen Verteiler, die eine spezielle Ausgabe des „handlicheren Formats“ ausgerechnet am Vorabend des als Volkabstimmung angelegten Entscheids über die Delegiertenliste zum 3. Volkskongress verteilten (was die Publikation verschweigt), waren sich gewiss des Unterschieds zwischen der von der SED zwar gehassten, aber in ganz Berlin legalen Tageszeitung und dem „handlicheren Format“ bewusst. Dass auch in den Berliner Westsektoren auf die Verteilung solcherart eingeschmuggelter Schriften „handlicheren Formats“ rigide reagiert wurde, ist heute weithin aus dem Geschichtsverständnis eliminiert.<sup>14</sup>

Andere Formen, mit denen die Köpenicker und Treptower SPD-Mitglieder „umarmt, schikaniert und verfolgt“ wurden, wären tiefer zu hinterfragen. Dazu gehört die pastos ausgemalte Schikane gegenüber der bekannten SPD-Veteranin Anna Nemitz, die im Juli 1952 in ihrem Häuschen Schmausstraße 38 von FDJlern belästigt wurde: Die forderten von ihr eine Stellungnahme gegen die am 17. Juli vom Berliner Abgeordnetenhaus in Westberlin einstimmig verabschiedete Forderung an die drei alliierten Schutzmächte, dort die FDJ zu verbieten – und unterstrichen dies durch ein Transparent vor dem Nemitz’schen Grundstück. Ob zu brennenden politischen Fragen, die in der Bundes-SPD auf die Tagesordnung rückten (z. B. „Deutsches Manifest“, „Kampf dem Atomtod!“, Godesberger Programm), in den Ortsvereinen von Köpenick und Treptow ein Meinungsaustausch stattfand, ist dagegen nicht zu erfahren. Sollten SPD-Genossen an ihrem Arbeitsplatz von SED-Funktionären zu solchen bewegenden Fragen auf ihre Meinung hin angesprochen worden sein, rangieren solche Versuche in der Publikation unter „Anbiederung“ und „Schikanen“. So eingeordnet wird auch die polizeiliche Verweigerung einer sommerlichen Dampferfahrt des Kreisverbandes, die 1960 nach Neue Mühle bei Königs Wusterhausen führen sollte: Die außerhalb Berlins in der DDR nicht zugelassene SPD wollte also ihren Kreisverband

---

14 Die Verordnung BK/O (50)501 der Alliierten Kommandantur (für West-Berlin) vom 11.9.1950 stellte „Einfuhr, Besitz und Verbreitung von militaristischen, faschistischen, antidemokratischen, gegenüber den Besatzungsmächten abfälligen oder feindlichen, aufrührerischen, totalitären“ Druckerzeugnissen unter Strafe (Hans Joachim Reichardt/Hans Ulrich Treutler/Albrecht Lampe: Berlin – Quellen und Dokumente 1945-1951, Berlin 1964, 2. Halbbd., S.1742f.). Schon im Juni waren Sammler von Unterschriften zur Unterstützung des „Stockholmer Appells“ zur Ächtung der Atombombe in den Westsektoren im Schnellverfahren wegen „Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zu 10-tägiger Haft verurteilt worden (siehe Karl Jürgen Krenn: Krenn’s Berlin-Chronik 1945 bis 1950, Berlin 2009, S.387).

Köpenick mit einer offiziellen Veranstaltung in derselben auftreten lassen – bei nüchterner Überlegung kann das nur als Test dafür eingeordnet werden, wie weit man gehen könne.

Völlig unreflektiert kommt die Bezugnahme auf die Autobiografie Siegfried Bergers daher. Am 17. Juni 1953 war er Vorsitzender des Streikkomitees im Funkwerk Köpenick und *die* herausragende Persönlichkeit bei den von Köpenick ausgehenden Demonstrationen Richtung Innenstadt. Der 2001 verstorbene Berger, nach eigenem Bekunden Vertrauensmann des SPD-Ostbüros (er spricht selbst von einem aus dieser Quelle stammenden Funkgerät in seiner Wohnung)<sup>15</sup> hat ein Resümee seines Lebens hinterlassen, dessen kritiklose Akzeptanz ein hohes Maß an Unkenntnis der zeitgeschichtlichen Milieus voraussetzt. Damit nicht genug, bezweifelt ein schlampiges Lektorat noch die Rechenkünste des Lesers, wenn es den im Mai 1954 von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Berger sechs Jahre in Workuta leiden lässt, seine Heimkehr zur Familie in West-Berlin aber auf den 16. Oktober 1955 datiert.<sup>16</sup> Gänzlich übersehen wird bei der Vorstellung Bergers dessen eigentlich große, moralisch hoch zu würdigende Leistung. Als „Schläfer“ des SPD-Ostbüros zu alltäglicher Zurückhaltung bis zum einst anzuordnenden Einsatztermin verpflichtet, stand er am Morgen des 17. Juni 1953 vor dem Dilemma, sich dem vertrauensvollen Drängen der aufgebrachtten Arbeiter zur Führung des Streikkomitees zu verweigern, oder – entgegen seinem Auftrag – in der zugespitzten Situation die angetragene Funktion zu übernehmen und sich der möglichen Folgen mit allen Konsequenzen zu stellen. Berger entschied sich für die Option, seine Verantwortung gegenüber den Kollegen wahrzunehmen und die Weisung aus der Bonner SPD-Baracke hintanzustellen. Seine autobiografische Skizze benennt zwar den 17. Juni als Moment des Zwiespalts, denn Berger wollte den politischen Streik. Er stand dann angesichts des Anrückens von Sowjet-Panzern einer Demonstration ablehnend gegenüber, setzte sich schließlich aber doch

---

15 Siehe Siegfried Berger: „Ich nehme das Urteil nicht an.“ Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem sowjetischen Militärtribunal (Schriften des Berliner Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 8), 4. Aufl., Berlin 2007, S.15, 17.

16 Dass ein Anfang Mai 1954 als Opfer sowjetischer politischer Repression verurteilter und im Oktober 1955 aus einem berüchtigten Straflager entlassener Sozialdemokrat „sechs Jahre in Workuta“ leiden musste (siehe Die SPD in Köpenick und Treptow, S.26), ist falsch. Der Fehler geht auf einen Lesefehler zurück: bei der verwendeten Quelle (s. Anm. 15) wurde auf S.39 der Punkt hinter der Ziffer 6 übersehen, die eine Abschnittszifferung bedeutet: „6. Jahre in Workuta“. „Jahre“ ist freilich ebenfalls nicht korrekt.

notgedrungen an die Spitze des Demonstrationzuges.<sup>17</sup> Bergers Dilemma stellt die Publikation jedoch nicht heraus. Es ist bezeichnend, dass diese moralische Qualität seiner ureigensten persönlichen Entscheidung bei seinen Vermächtnisverwaltern bis dato nicht wahrgenommen wurde, die Gelegenheit dazu wurde auch im Rahmen der vorliegenden Publikation vertan.

Ebenso unterbelichtet ist das Thema des unspektakulären Weiterwirkens der örtlich angesiedelten Sozialdemokraten, nachdem von West-Berlin im Gefolge des 13. August 1961 die Auflösung der Ostberliner SPD-Kreise angeordnet worden war. Die vielfach genutzten Möglichkeiten, sozialdemokratische Grundpositionen in gesellschaftliche Arbeit innerhalb üblicher DDR-Strukturen einzubringen, sind noch nicht ausgelotet worden. Sie fanden keine Erwähnung, weder in der SED-Geschichtsschreibung, noch in den diese verurteilenden Darstellungen aus der Zeit nach 1989. So steht beispielsweise eine Würdigung jener Tatsache bis heute aus, dass in dem Doppelbezirk, der mit vielen traditionellen Arbeitersportvereinen als Hort des Wassersports fungierte, teils jahrzehntelang Leitungsfunktionen in Sportvereinen durch alte, erfahrene SPD-Mitglieder wahrgenommen wurden.

---

17 Siehe Berger, *Ich nehme*, S.16f.